



Ein Schritt zur nachhaltigen Entwicklung?

Der föderale Bericht über die
nachhaltige Entwicklung 2002:
Erläuternde Zusammenfassung

Task force nachhaltige Entwicklung



Das föderale Planbüro

Das föderale Planbureau (Bureau fédéral du Plan) steht im Dienst der Allgemeinheit.

Sein Aufgabenbereich ist die Erstellung von Studien über Fragen zur Wirtschafts-, Sozialwirtschafts- und Umweltpolitik. Zu diesem Zweck befasst sich das föderale Planbureau mit der Sammlung und Auswertung von Daten, ergründet absehbare Entwicklungen, identifiziert Alternativen, schätzt die Folgen der jeweiligen Politik ab und formuliert Vorschläge. Sein wissenschaftliches Fachwissen wird der Regierung, dem Parlament, den Sozialpartnern, sowie den nationalen und internationalen Institutionen zur Verfügung gestellt.

Das föderale Planbureau sorgt für eine breite Veröffentlichung seiner Arbeiten. Die Erkenntnisse der Nachforschungen werden der Volksgemeinschaft nicht vorenthalten und tragen somit zur demokratischen Debatte bei.

Auf Grund des Gesetzes vom 5. Mai 1997 bezüglich der Koordination der föderalen Politik zur nachhaltigen Entwicklung ist das föderale Planbureau mit der Abfassung des föderalen Berichts über die nachhaltige Entwicklung sowie der Ausarbeitung des Vorentwurfs für den föderalen Plan der nachhaltigen Entwicklung beauftragt worden. Die Task Force nachhaltige Entwicklung stellt jene Gruppe dar, die dieser Aufgabe unter Leitung und Verantwortung des Planbureaus seit Januar 1998 nachkommt.

Folgende Mitglieder der Task Force nachhaltige Entwicklung haben sich an der Erstellung des föderalen Berichts im Laufe der Jahre 2001 und 2002 beteiligt: Thomas Bernheim, Hadelin de Beer de Laer, Katrien Debeuckelaere (2001), Pieter Dresselaers, Jean-Maurice Frère, Nadine Gouzée (Kordinatorin), Johan Pauwels (2002), Philippe Tulkens (2002), Sophie van den Berghe (2001), Denis Van Eeckhout, Willem Thomas Van Ierland (2001), Sylvie Varlez, Natacha Zuinen.

Für das Sekretariat haben nacheinander Nathacha Quinet, Valérie Moreaux und Nathalie Fostier verantwortlich gezeichnet. Übersetzung: Agentur für Nachhaltige Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Prüfung: René Offermann. Seitenaufbau: Adinda De Saeger.

Internet

URL: <http://www.plan.be>

E-mail: contact@plan.be

Vervielfältigung mit Quellenangabe erlaubt, außer für kommerzielle Zwecke.

Verantwortlicher Herausgeber:

Henri Bogaert

Dépôt légal: D/2002/7433/39



Zusammenfassung und Erläuterung

1	Nachhaltige Entwicklung ist konkret umsetzbar	1
2	Wozu dient der Bericht über nachhaltige Entwicklung?	2
3	Kenntnis der aktuellen Sachlage	2
4	Abwägung der politischen Antworten	4
5	Anwendung der Grundsätze nachhaltiger Entwicklung im Blickpunkt	5
6	Erarbeitung eines zukunftsorientierten Rahmens für eine nachhaltige Entwicklung	6
7	Drei politische Visionen für 10 Fragenkomplexe	7
8	Beitrag für bessere Entscheidungen	9
9	Hilfe bei der Sensibilisierung der Zivilgesellschaft	10



Zusammenfassung und Erläuterung

1 Nachhaltige Entwicklung ist konkret umsetzbar

Fragen 1998-2001

Im zweiten föderalen Bericht über die nachhaltige Entwicklung wird die bereits 1999 im ersten Bericht gestellte Frage erneut aufgegriffen: "Ist Belgien auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung?". Die Antworten gelten für den Zeitraum 1998-2001. Wesentliches Merkmal ist der äußerst konkrete Antwortansatz, bei dem zehn mit der Entwicklung verknüpfte Fragenkomplexe bzw. Themenbereiche eingehend untersucht werden.

- Produktionsstrategien der Unternehmen;
- Ethische Finanzierung der Unternehmen;
- Sozialwirtschaft;
- Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien;
- Fischerei und maritime Artenvielfalt;
- Verwendung von genetisch veränderten (transgenen) Pflanzen;
- Energieerzeugung und -verbrauch;
- Mobilität und Personenbeförderung;
- Gesundheit am Arbeitsplatz;
- Tabakkonsum.

Anhand dieser zehn Themenbereiche werden nicht nur Probleme, die einer Lösung bedürfen, verdeutlicht, sondern auch mögliche Ansätze zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung aufgezeigt.

- Ist beispielsweise eine Fortsetzung des Fischfangs bei gleichzeitiger Wahrung der Artenvielfalt möglich?
- Wie kann man erreichen, dass der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien Menschen hilft, aus einer Armutssituation herauszukommen?
- Können die Produktionsstrategien der Unternehmen gleichzeitig zu einer Verbesserung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Leistungsbilanz führen?

Konkrete Antworten

Der Bericht veranschaulicht die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung im Zusammenhang mit der Behandlung solcher Fragenkomplexe, da gleichzeitig mehrere wissenschaftliche Disziplinen gebündelt werden (Naturwissenschaften, Soziologie, Wirtschaft,...). Für die Erarbeitung konkreter Antworten auf diese Herausforderungen können sich Entscheidungsträger aus Zivilgesellschaft wie Politik auf den Bericht stützen.

2 Wozu dient der Bericht über nachhaltige Entwicklung?

Bei den föderalen Berichten über nachhaltige Entwicklung hegt man zugleich den Anspruch auf fundierte wissenschaftliche Arbeit und Zweckmäßigkeit im Sinne der föderalen Politik zur nachhaltigen Entwicklung. Übermittelt werden Erkenntnisse über das Leben in der Gesellschaft, die Vergangenheit und die Gegenwart sowie die verschiedenen Zukunftsvisionen.

Drei Funktionen

Der Leser kann den Bericht auf mehrere unterschiedliche Weisen benutzen:

- zur besseren Kenntnis des Sachverhalts, der Politik und der Prospektive in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung – wie es das Gesetz vom 5. Mai 97 über die *Koordination der föderalen Politik nachhaltiger Entwicklung* (Abschnitt 3) vorsieht;
- zur Verknüpfung bestimmter im Bericht behandelte Fragen mit einer nachhaltigen Entwicklung (Abschnitte 4 und 5);
- zur Bereitstellung eines methodologischen Rahmens, der eine Verknüpfung anderer Fragen mit einer nachhaltigen Entwicklung ermöglicht (Abschnitte 6 und 7).

Bei diesen Berichten handelt es sich demnach um Nachschlagewerke für die zwischen öffentlichen Instanzen und Zivilgesellschaft geführten Debatten bezüglich nachhaltiger Entwicklung. Zu den Abnehmern zählen ebenso Vertreter aus der Politik (Regierung, Parlament, Parteien,...) wie auch aus der Zivilgesellschaft (große Sozialbewegungen, Beratungsgremien,...), die belgischen und internationalen öffentlichen Einrichtungen und die Medien. Der Inhalt dieses Berichts ist ebenfalls an die breite Öffentlichkeit gerichtet, da nachhaltige Entwicklung jeden angeht.

Drei Aufgabenbereiche

Zusammenfassung der Erkenntnisse aus den Aufgabenbereichen des Berichts:

- Untersuchung der belgischen Sachlage in Zusammenhang mit Entwicklungen auf internationaler Ebene und anhand einer Tabelle von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung;
- Untersuchung der seit Mitte 1998 geführten Politik im Bereich "nachhaltige Entwicklung" unter folgenden Gesichtspunkten: Grundsätze, Ziele und Entscheidungsprozesse;
- Vorwegnahme absehbarer Entwicklungen ausgehend von der Beibehaltung bzw. Veränderung der aktuellen Politik gemäß für nachhaltige Entwicklung relevanten Hypothesen.

Der Bericht ermöglicht eine Verbesserung der Entscheidungen (Abschnitt 8) sowie eine Aufklärung der Zivilbevölkerung über die Schwerpunkte der nachhaltigen Entwicklung (Abschnitt 9).

3 Kenntnis der aktuellen Sachlage

66 Indikatoren...

Die in Belgien vorherrschende Situation wird in Zusammenhang mit den Entwicklungen auf internationaler Ebene behandelt. Anhand einer Liste von 66 Indikatoren werden die Zwänge, der Ressourcenbestand sowie die Antworten der Gesellschaft verdeutlicht. Diese Indikatoren beziehen sich auf die 10 im Bericht behandelten Problemkomplexe und werden auf 19 gleichstrukturierten Merkblättern vorgestellt. Hervorgehoben werden einige Situationen und Ten-

denzen, die für die Zukunft auf belgischer wie internationaler Ebene gleichermaßen wichtig sind.

Die Indikatoren-Liste für eine nachhaltige Entwicklung ähnelt den auf internationaler Ebene und in verschiedenen Ländern in dieser Hinsicht durchgeführten Arbeiten. Dennoch bestehen starke Abweichungen zu den auf internationaler Ebene erstellten Indikatoren-Listen, da im vorliegenden Fall spezifische und konkrete Themenbereiche abgedeckt werden. Diese Liste ermöglicht auch einen Beitrag zur Debatte über die Auswahl jener Indikatoren, die eine Bewertung zulassen, ob Belgien die Richtung der nachhaltigen Entwicklung einschlägt. Diese Liste ist nachstehend zusammengefasst.

...für die Zwänge, den Sachverhalt...

Mehrere Aktivitäten des Menschen üben weiterhin erheblichen Druck auf das humane und ökologische Kapital aus: der Umfang von Energie- und Tabakkonsum sowie Personenbeförderung und Fischerei nimmt zu. Neue Tätigkeiten wie der Gebrauch von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Verwendung von genveränderten Pflanzen verzeichnen weltweit starken Zuwachs. Ungeachtet dieser Entwicklung auf Weltebene sei jedoch angemerkt, dass derartige Anpflanzungen in Belgien kaum existieren.

Dieser Druck führt zu einer allmählichen Veränderung im ökologischen, humanen und wirtschaftlichen Kapital. Geschwächt wird das ökologische Kapital weltweit vermehrt durch die Erhöhung der Treibhausgaskonzentrationen, das Phänomen der Ozonwertspitzen und die hohe Zahl gefährdeter Artenbestände. Beim humanen Kapital haben die Entwicklungsländer im Schnitt die im Vergleich zu den Industrienationen rückständige Lebenserwartung nicht aufgeholt und kämpfen generell mit einer hohen Armutsrate. In Belgien haben die medizinischen und sozialen Fortschritte zu einer Erhöhung der Lebenserwartung geführt, und die Armut, gemessen an den Einkommen, konnte in den 90er Jahren eingedämmt werden. Aber neue Gesundheits- und Armutsprobleme wie Atemwegserkrankungen und Überverschuldung tauchen auf. Parallel dazu ist der Bestand des physischen Kapitals in Belgien im Laufe der vergangenen 30 Jahre im Durchschnitt stetig angewachsen und spiegelt damit den wirtschaftlichen Schwung dieses Zeitraums wider.

... und für die Antworten

Von der Gesellschaft sind Antworten erarbeitet worden, um die angesichts der Zwänge und Sachlagen entstandenen Negativ-Tendenzen umzukehren. Die ethische Finanzierung und die Sozialwirtschaft sind in den letzten 5 Jahren außergewöhnlich angewachsen. Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung müssen diese beide Aspekte eine Wertschätzung und Ergänzung erfahren. Zwar fließt die ökologische Komponente erst in begrenztem Umfang in die Produktionsstrategien der Unternehmen aus der Fertigungsindustrie ein, dennoch findet diese bereits ansatzweise ihren Niederschlag in den Produktionsverfahren.

Das zur Darstellung der Indikatoren verwendete Modell Zwänge-Sachverhalt-Antwort verdeutlicht die Wechselwirkung der in diesem Bericht erörterten Fragenkomplexe untereinander. Zum Beispiel liegt der Ursprung des Anstiegs der CO₂-Emissionen und der Luftschadstoffe in der Transportzunahme. Dies ist wiederum der Ausgangspunkt für die Klimaerwärmung und die durch Atemwegserkrankungen verursachten Todesfälle. Die Produktionsstrategien der Unternehmen können u.a. eine Antwort auf diese Probleme durch eine Änderung des jeweiligen Transportbedarfs bieten.

In Ermangelung aktueller und qualitativ hochwertiger Daten ist eine ordnungsgemäße Kenntnis und Beobachtung von bestimmten Themenbereichen unmöglich. Dies gilt insbesondere für den Tabakkonsum auf Weltebene und die

*Indikatoren und
quantitativ
bemessene Ziele*

Gesundheit am Arbeitsplatz in Belgien. Davon betroffen sind ebenfalls die Produktionsstrategien der Unternehmen oder auch die Sozialwirtschaft. Durch diese Wissenslücken wird die Bewertung der Politik für nachhaltige Entwicklung deutlich gehemmt.

Jedes Indikatorenmerkblatt beinhaltet einen Abschnitt über die mit dem jeweiligen Indikator verknüpften politischen Zielsetzungen. Anhand des Merkblatts stellt man fest, dass die Indikatoren lediglich in einigen Fällen bemessene Zwischenziele haben. Das gilt für Energie, Gesundheit am Arbeitsplatz, Armut, Produktionsstrategien der Unternehmen, Sozialwirtschaft. In den anderen Fällen hingegen ist die mit dem jeweiligen Indikator zur nachhaltigen Entwicklung verknüpfte Endzielsetzung nicht in Zwischenziele unterteilt oder diese sind nicht quantitativ bemessen worden.

4 Abwägung der politischen Antworten

Aufgrund der Komplexität der föderalen Politik zur nachhaltigen Entwicklung sind drei Bewertungsformeln mit verschiedenen Zielsetzungen auf ergänzende Weise zu Grunde gelegt worden. Der erste Ansatz besteht aus einer breit gefächerten Bewertung der Politik, d.h. der von der Föderalregierung im Rahmen der jährlichen Haushaltsentwürfe unterbreiteten Noten allgemeiner politischer Art. Bei der zweiten Bewertungsart handelt es sich um eine spezifischere Formel, die ausschließlich auf die Ziele der zehn in diesem Bericht erwähnten Themenbereiche nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet ist. Die dritte ist sehr spezifisch und besteht aus Fallstudien über im Rahmen dieser Themenbereiche getroffene politische Entscheidungen.

Ausgerichtet ist diese Studie an den fünf Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung¹, deren Anwendung als Bewertungskriterium dient. Es handelt sich dabei um die Grundsätze Verantwortung, doppelte Gerechtigkeit, Integration, Vorsorge und Beteiligung.

*Bewertung der Noten
allgemeinpolitischer
Art*

Bei der Bewertung der jährlichen Noten der Politik galt das Hauptaugenmerk der Verbreitung dieser fünf Grundsätze nachhaltiger Entwicklung in der föderalen Politik. Dabei wird deutlich, dass zwei Grundsätze keine ausreichende Beachtung finden: die doppelte Gerechtigkeit und das Prinzip der Vorsorge. In Bezug auf die anderen Grundsätze weisen die politischen Noten für den Zeitraum von 1998 bis 2002 eine bestimmte Anzahl positiver Entwicklungen auf: bessere Integration der Umwelt in die Politik sowie häufigere Erwähnung des internationalen Zusammenhangs. Möglicherweise bedeutet dieser Fortschritt, dass die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung in der föderalen Politik auf ein stärkeres Echo stoßen. In den Ausführungen des *Plan fédéral de développement durable 2000-2004* (Föderalplan der nachhaltigen Entwicklung 2000-2004) plichtet man dieser Hypothese bei. Im Gegensatz dazu wird jedoch deutlich, dass unter bestimmten Umständen Umwelt und Sozialverträglichkeit in den Absichten der Politik nicht die geringste Rolle spielen. Zudem wird den Auswirkungen der Politik auf die Nord-Süd-Beziehungen keine systematische Berücksichtigung zuteil. Im Grunde genommen findet die Beteiligung als einzi-

1. Diese 5 Grundsätze sind die innovativsten, die charakteristischsten und die umfassendsten der Deklaration von Rio. Daher sind diese 5 Grundsätze gleichzeitig mit dem internationalen Kontext und den bereits im Rahmen des Gesetzes vom Mai 1997 getroffenen Entscheidungen verbunden. Ihre Anwendung wird als Kriterium in den Berichten und im föderalen Plan für nachhaltige Entwicklung eingesetzt.

ges Prinzip in größerem Umfang in den zahlreichen politischen Notizen Berücksichtigung.

Bewertung der politischen Ziele

Die Zielsetzungsbewertung für zehn Themenbereiche nachhaltiger Entwicklung führt zu drei Schlussfolgerungen. Zum einen besteht ein wichtiger Zusammenhang hinsichtlich der Ziele zwischen den untersuchten politischen Ebenen und zwischen den politischen Bereichen, bei denen die Regierung Kohärenz anstrebt. Des Weiteren besteht eine wechselseitige Spannung zwischen den Zielen – dies führt mitunter zu Konflikten. Drittens gibt es keine Hierarchie zwischen den Zielsetzungen der verschiedenen Fragenkomplexe, sie liegen allesamt auf einer Ebene. Folglich können den untersuchten politischen Notizen nur wenige Anhaltspunkte entnommen werden, so dass die Entscheidungsträger in Ermangelung finanzieller Mittel eine Auswahl treffen müssen.

Bewertung spezifischer Sachverhalte

Fallstudien über eine Reihe von spezifischen Sachverhalten zeigen, dass bei der Anwendung der Grundsätze nachhaltiger Entwicklung zahlreiche Schwierigkeiten auftreten. Die untersuchten Sachverhalte weisen folgende Probleme auf: mangelnde Kontinuität, schwierige Zusammenarbeit der einzelnen Regierungsstellen, Interessenkonflikte, Unsicherheiten und Überfülle an Prioritäten. Die Schlussfolgerung der Fallstudie zeigt, dass Lösungen gesucht werden. Im Wesentlichen sind diese an den spezifischen Kontext des jeweiligen politischen Prozesses gebunden. Es besteht keine allgemeingültige Lösung, auch wenn die Antworten auf diese Fallstudien bestimmte Gemeinsamkeiten aufweisen. Dabei handelt es sich um die Bedeutung empirischen Lernens, die Beteiligung sowie das verantwortungsbewusste Auftreten der einbezogenen sozialen Gruppen. Es geht auch um die Notwendigkeit eines institutionellen Rahmens, der auf Integration ausgerichtet ist und eventuelle Nachbesserungen im Laufe der Umsetzung der Entscheidungen ermöglicht.

5 Anwendung der Grundsätze nachhaltiger Entwicklung im Blickpunkt

Die Ergebnisse der drei Bewertungsformeln über die Politik können auch anhand der fünf als Kriterien zu Grunde gelegten Prinzipien zusammengefasst werden.

Verantwortung

Aus der Untersuchung der politischen Schriftstücke geht hervor, dass der Nord-Süd-Aspekt kaum berücksichtigt wurde. Die Fallstudien haben verdeutlicht, dass nicht das geringste Verfahren zur Integration dieser Komponente in jeden Bereich der Föderalpolitik besteht. Mitunter herrscht eine Wechselbeziehung zwischen der Wertschätzung der Nord-Süd-Dimension in der Politik und den Strukturen zu deren konkreter Ausfüllung. Bei zwei Fallstudien erklärt eine mangelnde institutionelle Integration die nicht vorhandene Information über die weitere Einhaltung der internationalen Pflichten. Dem ist unbedingt entgegenzuwirken.

Doppelte Gerechtigkeit

Langfristige Ziele sind in der Politik kaum vorhanden, sieht man von einigen unterschwellig formulierten ab. Mögliche Gründe für das diesbezügliche Schweigen der verantwortlichen Politiker sind der ungewisse Lauf der Dinge sowie Schwierigkeiten bei Abstraktion und politischer Wertedebatte. Jedoch können Ausführungen über klar langfristig konzipierte Maßnahmen der Bevölkerung helfen, das politische Geschehen besser zu begreifen. Das kommt ebenfalls der Ausrichtung der Unternehmen zugute und könnte zu einer Verlagerung der politischen Debatte auf eine höhere Ebene führen. Aus dem

Interessenkonflikt rund um die Seeschutzgebiete könnte so zum Beispiel eine Debatte über die Strategie zur Bewahrung der Funktionstüchtigkeit der Nordsee werden. Die Koppelung von Maßnahmen an langfristige Ziele ermöglicht Politikern eine bessere inhaltliche Definition ihrer Optionen und fördert demgemäß die politische Transparenz.

Integration

Aus der Analyse der politischen Noten geht hervor, dass die ökologische Komponente der nachhaltigen Entwicklung an Aufmerksamkeit gewinnt. Die drei Dimensionen der Entwicklung sind jedoch nicht auf ein und derselben Ebene angesiedelt. Allem Anschein nach bestehen Strukturen zur praktischen Umsetzung der institutionellen Integration. Zur Schlichtung von Interessenkonflikten werden hingegen nur ad-hoc Lösungen verwendet. In manchen Fällen können Übergangsfristen und Stützmaßnahmen eine Begrenzung der verheerenden Folgen der Politik einer Komponente auf die beiden anderen ermöglichen. Aber klarer formulierte politische Prioritäten müssten auch zur Schlichtung von Interessenkonflikten beitragen.

Vorsorge

Allgemeinpolitische Noten tragen den Unsicherheiten in der Regel nicht ausreichend Rechnung. Genau wie klare Äußerungen der verantwortlichen Politiker über Endziele ihrer Entscheidungen eher Mangelware sind, werden auch Unsicherheiten bezüglich der Auswirkungen einer politischen Entscheidung gängigerweise im Vorfeld weder identifiziert noch erörtert.

Beteiligung

Aus den Regierungsberichten und Fallstudien geht hervor, dass die Beteiligung im politischen Entscheidungsprozess Belgiens gut integriert ist. Die entsprechenden Modalitäten sind jedoch oftmals vage: Wer muss angehört werden, wann und wo? Die Beteiligung kann gesetzlich verbindlich sein oder nicht, ad hoc oder strukturell, von Rechts wegen obligatorisch oder nicht, über große Sprachrohre der öffentlichen Meinung erfolgen oder nicht, usw. Bei der Wahl beruft man sich offenbar auf pragmatische Kriterien, aber die vielen Möglichkeiten lassen auch Raum für eine unterschiedliche Handhabung der Resultate. Aufschlussreich wäre mitunter die Erstellung eines Verhaltenskodex oder einiger Richtlinien zur angemessenen Steuerung von Beteiligungsprozessen. Diese könnten bei bestimmten Entscheidungen auch als Anhaltspunkt dienen.

6 Erarbeitung eines zukunftsorientierten Rahmens für eine nachhaltige Entwicklung

Zukunftsorientiertes Denken bzw. Zukunftsforschung stellt eine wichtige Etappe im politischen Entscheidungszyklus hin zu einer nachhaltigen Entwicklung dar. Dieses Instrument vermittelt der Föderalregierung und der Öffentlichkeit ein besseres Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung bei unveränderter bzw. veränderter Politik. Prospektive oder zukunftsorientiertes Denken fördert die öffentliche Meinungsbildung über die Wahl der Entwicklungsansätze. Dies beinhaltet eine Untersuchung mehrerer Visionen, auf deren Grundlage die Föderalregierung ihre Politik erarbeiten und die Gesellschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung hin orientieren kann.

Ein zukunftsorientierter Rahmen

Zu diesem Zweck wurden drei Weltanschauungen oder Handlungsperspektiven entwickelt. Sie bilden einen zukunftsorientierten Denk- und Analysekontext für die Politik und verweisen auf verschiedene Visionen von Maßnahmen, die zur Ausrichtung der Gesellschaft auf nachhaltige Entwicklung erforderlich sind. Die zehn Themenbereiche des Berichts sind zur Veranschaulichung möglicher Entwicklungsansätze für das gesamte Gesellschaftsgefüge in diesen Rahmen

integriert. Die 10 Fallstudien über spezifische Entscheidungen kommen in diesem Kontext auch wieder vor.

Unsicherheiten

Wissenschaftliche Unsicherheiten bezüglich der Funktionsweise des Gesellschaftssystems und die Folgen menschlichen Handelns darauf schließen ein ausschließlich auf wissenschaftlich bestimmten und objektiv messbaren Risiken fundiertes Vorgehen aus. Einzelpersonen und Gesellschaftsgruppen vertreten deshalb eine unterschiedliche, zum Teil subjektive Meinung über die erstrebenswerteste Entwicklung der Gesellschaft. Dies gilt auch für die nachhaltige Entwicklung.

Drei Weltanschauungen

Die Zahl der Weltanschauungen in diesem Bereich ist schier unerschöpflich. Unterschiede bestehen bei Notwendigkeit und Form der Intervention im sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich, um eine nachhaltige Entwicklung zu erzielen. In diesem Bericht werden drei solcher Ansätze entwickelt und nachfolgend bei 10 konkreten Fragenkomplexen angewandt.

- "Nutzung": Diese Weltanschauung schätzt die mit einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Kapitalreserven verbundenen Risiken höher ein als jene der humanen und ökologischen Kapitalreserven. Gesellschaftliche Verbesserungen durch Maßnahmen aus Sozial- Umweltschutz gleichen in diesem Zuge entstehende mögliche Wirtschaftskosten nicht aus. Diese Vision befürwortet daher den freien Zugriff auf humanes und ökologisches Kapital zur Steigerung des Wirtschaftskapitals.
- "Verwaltung": Diese Weltanschauung schätzt die mit einer Beeinträchtigung aller drei Kapitalreserven verbundenen Risiken gleich hoch ein. Soziale und ökologische Schutzmaßnahmen sind bei minimalen Wirtschaftskosten und gegenwartsnahen Verbesserungen akzeptabel.
- "Umwandlung": Diese Weltanschauung schätzt die mit einer Beeinträchtigung der humanen und ökologischen Kapitalreserven verbundenen Risiken höher ein als jene der wirtschaftlichen Kapitalreserven. Gemäß dieser Vision sind strikte soziale und ökologische Schutzmaßnahmen unabdingbar. Die Bereitschaft dazu ist vorhanden ungeachtet hoher Wirtschaftskosten und gegenwartsferner Verbesserungen.

7 Drei politische Visionen für 10 Fragenkomplexe

Die drei Weltanschauungen führen zu verschiedenen Auffassungen darüber, welche Maßnahmen die Föderalregierung zur Umkehrung der nicht-nachhaltigen Tendenzen der 10 Fragenkomplexe treffen muss. Die Politik der Behörden spiegelt die verschiedenen Weltanschauungen und das innerhalb der Regierung bestehende Kräfteverhältnis wider. Aus diesem Grund wird die Regierungspolitik für einen oder mehrere Fragenkomplexe wahrscheinlich nicht auf einer einzigen politischen Vision gründen, sondern auf einer Kombination von Maßnahmen aus den verschiedenen politischen Weltanschauungen.

Nutzung

- In der politischen Weltanschauung "Nutzung" steht das Wirtschaftswachstum im Vordergrund und die Produktionsstrategien der Unternehmen tragen dazu bestens bei. Zu diesem Zweck regt die Regierung die Produktivität der Unternehmen durch wirtschaftliche, technologische und institutionelle Maßnahmen an. Vorbedingung ist die reibungslose

Funktionsweise eines freien und konkurrenzfähigen Marktes. Die Verbreitung von Informationen über soziale und ökologische Probleme fördert diese gute Funktionsweise und beraubt die strikte Reglementierung, die das Wirtschaftswachstum und den Unternehmensgeist schädigen, ihrer Daseinsberechtigung. Aus freien Stücken können die Verbraucher, die von ihnen benötigte Menge und Qualität der Güter und Dienstleistungen wählen; Tabak, genveränderte Pflanzen (GVP), Energie, Transport, Fischprodukte, Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) inbegriffen. Mögliche ökologische Engpässe und Verschlechterung der Humanressourcen können durch den Ersatz mit Wirtschaftskapital aufgefangen werden. Die Rolle der Regierung bei der Förderung von ethischen Anlagefonds und der Sozialwirtschaft beschränkt sich auf die Informationsverbreitung über ihre Existenz. Ein konkurrenzfähiger Arbeitsmarkt ermöglicht schließlich eine finanzielle Entschädigung der Arbeitnehmer für die am Arbeitsplatz in Kauf genommenen Gesundheitsrisiken.

Verwaltung

- In der Weltanschauung "Verwaltung" übt das Wirtschaftswachstum ebenfalls eine wesentliche Rolle aus, doch findet die Existenz sozialer und ökologischer Risiken größere Zustimmung. Die von Angebot und Nachfrage auf dem freien Markt bestimmten Preise führen auf lange Sicht nicht zwangsläufig zu einer nachhaltigen Verwaltung des humanen, ökologischen und wirtschaftlichen Kapitals. Zwecks Veränderung von Verbrauchs- und Produktionsmustern trifft die Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Öko-Effizienz von Produkten und der Produktionsabläufe. Man nimmt ebenfalls Einfluss auf die Vorlieben von Verbraucher und Erzeuger. Ziel ist die Kontrolle der Nachfrage an Energie, Transport, Fischen, GVP und Tabak sowie die Förderung von Sozialwirtschaft, ethischen Anlagefonds und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Die Regierung ergreift auch steuerliche Maßnahmen zur Erleichterung der Einführung von IKT in allen Bevölkerungsschichten. Schließlich fordert sie die Unternehmen zur Entwicklung von Strategien auf, die kurz- oder mittelfristig zu größerer Öko-Effizienz und sozialer Gerechtigkeit führen.

Umwandlung

- In der politischen Weltanschauung "Umwandlung" ordnet die Regierung das Wirtschaftswachstum kurz-, mittel- und langfristigen sozialen und ökologischen Zielen unter. Sie greift durch Regulierungen ein, damit alle Akteure die sozialen und ökologischen Kosten ihrer Tätigkeiten vollständig verinnerlichen. Dies gilt für alle Unternehmen, auch für jene aus der Sozialwirtschaft. Die Gesundheit der Arbeitnehmer wird allzeit über die wirtschaftlichen Interessen gestellt und rechtfertigt das Verbot für bestimmte Produkte und Herstellungsverfahren. Die Regierung ermutigt Anleger, in ethische Anlagefonds und Unternehmen, in innovative Strategien zu investieren. Letztere sollen die Produktion von materiellen Gütern durch die Lieferung von Dienstleistungen, die den gleichen Bedürfnissen gerecht werden, ersetzen. Was die Fischerei angeht, schafft die Regierung alle Subsidien ab und bevorzugt den Schutz der Artenvielfalt sowie die zeitlich dauerhafte Abdeckung der Fischnachfrage. Der Abbau des Informatikgefälles innerhalb der Bevölkerung ist voller Bestandteil der Politik zur Abschaffung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Regierung verwaltet Energieerzeugung und -verbrauch durch eine aktive Produktpolitik, die Förderung von erneuerbaren Energiequellen und den Ausstieg aus der Atomenergie. Für die Kontrolle der Personenbeförderung stehen Telearbeit und Telekonferenzen genauso im Vordergrund wie der Aufbau eines erweiterten öffentli-

chen Verkehrsnetzes. Mit dem Gebrauch von GVP geht die Regierung sehr vorsichtig um.

Wahrnehmung der Risiken

Dieser Bericht fällt kein Urteil über die angemessenste Weltanschauung und die besten politischen Maßnahmen. Ein nachhaltiger Entwicklungsprozess besteht darin, den Leser so zu informieren, dass eine Meinungsbildung durch einen Vergleich seiner Risikoauffassung mit den drei Weltanschauungen möglich ist. Dieses pluralistische Verfahren steht im Mittelpunkt des nachhaltigen Entwicklungsprozesses. Bei der Wahl einer Strategie für nachhaltige Entwicklung wird stets eine normative Komponente vorhanden sein. Der Bericht berücksichtigt dies durch einen pluralistischen Ansatz im Bereich der mit den Folgen der menschlichen Aktionen für die Gesellschaft verbundenen Risiken.

Diese Prospektiv-Arbeit kann einen Beitrag zur Debatte über die Maßnahmen, die dem 2. föderalen Plan nachhaltiger Entwicklung anzugliedern sind, leisten. Die entsprechenden Akteure können sich bei der Erstellung des Plans z.B. an den in dieser Hinsicht entwickelten Weltanschauungen und politischen Visionen orientieren. Die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Schwerpunkte und deren Aufnahme in die Ausarbeitung der Politik tragen unweigerlich zur Verbesserung des Allgemeinwohls.

8 Beitrag für bessere Entscheidungen

Bericht und Plan

Der im Juli 2000 verabschiedete föderale Plan nachhaltiger Entwicklung hat für den vom Bericht abgedeckten Zeitraum (1998-2001) lediglich begrenzte Auswirkungen hervorgebracht. Bis dato gilt er nicht als Bezugspunkt für die gesamte Politik der Föderalregierung. Der vorliegende Bericht ist vielmehr ein Baustein beim Lernprozess im Rahmen der föderalen, belgischen Strategie für nachhaltige Entwicklung, die Bericht und Plan eine ergänzende Rolle zugesteht.

Dieser Lernprozess muss zuerst auf Verwendung und Verbesserung der Indikatoren nachhaltiger Entwicklung abzielen. Man hat bereits eine Reihe vorteilhafter Initiativen zur Verbesserung von Entwurf und Koordination der Indikatoren ergriffen. Für einige der im Bericht untersuchten Themenbereiche fehlen aber noch relevante Indikatoren und/oder qualitativ einwandfreie Angaben. Allgemein soll dieser Lernvorgang auch zu einer besseren Berücksichtigung der wissenschaftlichen Unsicherheiten und der Risiken im politischen Entscheidungsprozess beitragen.

Wissenschaft und Politik

Die richtige Erfassung von Risiken und Unsicherheiten bleibt problematisch. Die Bemühungen scheitern angesichts mangelnder Qualitätsangaben und methodologischer Hilfsmittel sowie der problembehafteten Anwendung des Vorsorge-Prinzips. Dieser Lernvorgang muss also auch die Bindung zwischen wissenschaftlichem und politischem Ansatz verbessern, u.a. verstärkt durch fachübergreifende entscheidungsorientierte Untersuchungen. Erkenntnisse solcher Untersuchungen sowie die Verfügbarkeit angemessener konzeptueller Hilfsmittel und guter zukunftsorientierter Analysen gehören zu den Voraussetzungen für eine verantwortungsvolle Beteiligung.

Ungeachtet der festgestellten Verbesserung bleibt die Verbreitung des Konzepts und der fünf grundlegenden Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in allgemeinpolitischen Texten und Regelwerken begrenzt. Eine gemeinsame Grundlage für diese Texte und Empfehlungen über die Erstellung von Regelwer-

ken könnten der Regierung helfen, den für ihre Entscheidungen gewählten Kontext der nachhaltigen Entwicklung näher zu erläutern.

Entscheidungen und Mittel

Die Untersuchung des Entscheidungsprozesses zeigt, dass die Beschlussfassung insbesondere auf föderaler Ebene einer Verbesserung bedarf, um die Ziele nachhaltiger Entwicklung systematisch zu berücksichtigen. Die einzelnen Abteilungen sollten ihre Verfahren zur Entscheidungsvorbereitung dahingehend überarbeiten. Ohne bessere Angleichung zwischen getroffenen Entscheidungen (durch die Regierung, das Parlament, ...) und der zur Umsetzung bereit gestellten Mittel werden die belgischen Föderalbehörden in der nachhaltigen Entwicklung weiterhin scheitern.

Der erste Bericht schloss mit der Feststellung, dass "eine Kultur der Vorausschau" in Belgien inexistent ist. Vier Jahre später hat sich an dieser Feststellung nichts geändert, obgleich das Know-how für mittel- und langfristige Projektionen vorhanden ist. Es sind nur wenige Anstrengungen unternommen worden, um einen integrierten, zukunftsorientierten Rahmen zu schaffen und um die fehlenden Mittel der entsprechenden wissenschaftlichen Institutionen und Verwaltungen abzudecken. Wichtige in diesem Bericht identifizierte Risiken werden in der Regel erst anerkannt, wenn sie sich konkret äußern.

Jene Mängel, die in den Schlussfolgerungen des ersten föderalen Berichts identifiziert wurden, bestehen also größtenteils noch. Nichtsdestotrotz ist seit 1992 ein beträchtlicher Weg zurückgelegt worden. Dies gilt sowohl für die Entwicklung in den Köpfen als auch auf Ebene der Institutionen. Für die Umsetzung des ersten föderalen Plans nachhaltiger Entwicklung bleiben noch zwei Jahre. Die Anwendung der im Plan enthaltenen Leitlinien könnte nicht nur bei dieser Umsetzung helfen, sondern auch für eine größere Tragweite des Plans sorgen.

Entscheidungszyklus

Der vorliegende Bericht kann sein Ziel nur erreichen, wenn er sich nahtlos in den im Gesetz vom 5. Mai 1997 über nachhaltige Entwicklung verankerten Entscheidungszyklus einfügt. Die Schlussfolgerungen sind zur zweckmäßigen Nutzung durch alle Akteure betont pragmatisch gehalten, besonders durch diejenigen, die mit der Vorbereitung des zweiten föderalen Plans nachhaltiger Entwicklung beauftragt sind. In erster Linie sind diese Akteure die Föderalregierung, die abteilungsübergreifende Kommission für nachhaltige Entwicklung, der öffentliche Dienst für die Programmierung der nachhaltigen Entwicklung, die anderen öffentlichen Dienste und der föderale Rat der nachhaltigen Entwicklung.

9 Hilfe bei der Sensibilisierung der Zivilgesellschaft

Über die Kerngruppe der Akteure aus Föderalpolitik und anderen Regierungsebenen Belgiens hinaus soll ebenfalls die Zivilgesellschaft in all ihrer Vielfalt angesprochen werden. Zudem kann ein Beitrag zu im Ausland unternommenen Schritten für eine nachhaltige Entwicklung geleistet werden.

Sensibilisierung

Damit dieser zweite Bericht eine Rolle in der Sensibilisierung der Allgemeinheit spielen kann, wurde eine besondere Anstrengung unternommen. Eine Broschüre ist im Sinne der bestmöglichen Öffentlichkeitsarbeit verfügbar. Die elektronische Fassung dieser Broschüre und der föderalen Berichte befinden sich unter www.plan.be/fr/theme/sustdev.

Gerne nehmen die Autoren alle Bemerkungen und Vorschläge zu ihrer Vorgehensweise zur Kenntnis. Sie hoffen auch, dass dieser Bericht große Verwendung findet und dem Föderalstaat Belgien hilft, einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu machen.

